„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER ON THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835–1837 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 27. Juni 1923 | 12 Seiten | Nummer 33

Wheat Board gibt's nicht

Von Winnipeg wurde Ende letzter Woche Folgendes mitgeteilt:

„Nach langen Konferenzen und Verhandlungen sind die Premierminister von Saskatchewan und Alberta zu dem Schluß gekommen, daß es nicht möglich ist, einen Wheat Board in zufriedenstellender Weise zu bilden. Dieser Entscheidung haben Vertreter der Farmer-Organisationen ihre Zustimmung gegeben, die während der letzten Woche hier mit den Herren Hon. Chas. Dunning und Hon. H. Greenfield in Beratung waren. Es wurde am Ende der Konferenz eine von beiden Premierministern unterschriebene Erklärung der Canadian Preß übergeben." Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut, ins Deutsche übertragen:

Wir sind zu dem Schluß gekommen, mit welchem die bei der Beratung anwesend gewesenen Vertreter der Farmer-Vereinigungen übereinstimmen, daß es nicht möglich ist, einen zufriedenstellenden Wheat Board zu bilden.

„Da wir während der Verhandlungen keine öffentlichen Erklärungen gemacht haben, ist es jetzt notwendig, die Oeffentlichkeit über die ganze Sache eingehend aufzuklären.

„Die Legislaturen von Alberta und Saskatchewan hatten die Regierungen dieser Provinzen beauftragt, einen zwangsweisen Wheat Board zu bilden, da sie damals der allgemein gehegten Ansicht waren, daß die Provinz Manitoba unter den von Premier Bracken angegebenen Bedingungen in der Bildung des Wheat Boards mitmachen würde. Die Regierungen und Legislaturen unserer beiden Provinzen waren sicher, daß der Einschluß Manitobas die Bildung eines Wheat Board möglich machen würde.

„Wenn der Weizen aller drei Provinzen von dem Board kontrolliert worden wäre, hätte es in Winnipeg keinen Markt für „Futures" in Weizen gegeben, wodurch diese Frage wohl für das ganze Weizengeschäft erledigt gewesen wäre. Auf jeden Fall wären dann die Ansichten von Sachverständigen im Geschäft beeinflußt worden in der Richtung, daß ihre Dienste dem Wheat Board hätten zur Verfügung stehen können.

„Als die Legislatur von Manitoba sich entschloß, nicht am Wheat Board teilzunehmen, wurden wir in dieselbe Lage wie letztes Jahr versetzt.

„Es war sicher, daß der Handel in Weizen auf der Getreidebörse weiter gehen würden und Leute, die wohl dem Wheat Board zur Verfügung gestanden hätten, wenn alle Provinzen unter dem Wheat Board gewesen wären, zogen es jetzt vor, bei ihrem gewohnten Getreidegeschäft zu verbleiben. Nachdem wir mit allen angängigen Personen unsere Bemühungen ergebnislos erschöpft hatten, kamen wir zu dem Schluß, daß es keinen Wheat Board geben könne, wenn die zwei großen Farmer-Getreide-Gesellschaften nicht einen großen Teil der Verantwortung für die Geschäftsleitung übernehmen würden. Wir ersuchten darum um eine Konferenz mit den Hauptdirektoren der Saskatchewan Cooperative Grain Co. und der United Grain Growers.

„Das Resultat dieser Versammlung war, daß Vertreter beider Gesellschaften ernannt wurden, um uns dabei zu helfen, das nötige sachverständige Personal zu bekommen und auch als Mitglieder des zu bildenden Wheat Board zu fungieren.

„Die Saskatchewan Co-operative Elevator Company ernannte die Herren: Hon. J. A. Maharg, Präsident der Saskatchewan Grain Growers Association und Vizepräsident der Saskatchewan Co-operative Elevator Co.; J. B. Musselman, Manager und Direktor der Company und H. C. Fleming, Direktor der Company und Exekutiv-Beamter der Saskatchewan Grain Growers, sowie F. W. Riddell, General Manager der Company. Die United Grain Growers Limited ernannte die Herren H. W. Wood, Präsident der United Farmers of Alberta, J. F. Reid und J. J. MacNellan, Direktor der United Grain Growers.

„Beide Gesellschaften gaben uns die Versicherung, daß jeder Sachverständige von ihrem Bureau und Beamtenstab die Freiheit habe, eine Stellung als Beamte des Wheat Board anzunehmen, daß der Wheat Board sich aber an solche Leute als Einzelpersonen zu wenden haben werde.

„Seit Ernennung der Vertreter der großen Farmergesellschaften haben wir versucht, Leute zu bekommen für die verantwortungsreichsten Stellungen im Wheat Board. Aber wir haben keinen Erfolg damit gehabt.

„Wir haben auch den Plan eingehender Beratung unterzogen, den Weizen auf ein Agentur-Arrangement zu vermarkten. Dieser Plan erhielt keine volle Unterstützung und mußte fallen gelassen werden. Es tut uns darum leid, im Namen unser selbst und im Namen der angesehenen Männer, die mit uns zusammen arbeiteten, erklären zu müssen, daß wir es nicht für möglich gefunden haben, einen Wheat Board zu bilden, der in seinem Personal die notwendige Elemente der Erfahrung, Tüchtigkeit und des öffentlichen Vertrauens vereinigte."

453 Meilen neue Eisenbahnlinien für Saskatchewan geplant

Von allen Provinzen Canadas soll Saskatchewan in diesem Jahre am besten mit neuen Eisenbahnstrecken bedacht werden, welche vom Dominion-Parlament bewilligt wurden. Saskatchewan wird etwa 453 Meilen neuer Eisenbahnlinien erhalten, das ist mehr als irgend eine andere canadische Provinz in Gestalt von Eisenbahnbauten in diesem Jahre erhalten wird. Von der Gesamtsumme in Höhe von $27,000,000, welche für Eisenbahnbauten in Canada bewilligt wurden, wird Saskatchewans Anteil $11,653,000 sein, und zwar u. a. für folgende Bahnstrecken: $2,767,00 für die Dunblane Zweiglinie, $2,383,000 für die Turtleford Zweiglinie, $1,404,000 für die Bengough Zweiglinie, $154,000 für die Willow Brook Verlängerung um 6 Meilen u. s. w. Die Konstruktionsarbeiten unterstehen dem Direktorenrat der Canadischen Nationalbahnen, während die Regierung die notwendigen Gelder beschaffen muß. Es wird erwartet, daß die Arbeiten an allen genehmigten Eisenbahnbauten noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden, obwohl die Bewilligungen für derartige Bauprogramme unter gewöhnlichen Verhältnissen sich auf drei Jahre erstrecken. Ein gewichtiger Grund für sofortige Inangriffnahme der Bahnbauten ist die Ermutigung, welche der Einwanderung und Besiedelung der von den neuen Bahnen berührten Ländereien dadurch gegeben würde, wie auch die Befriedigung der lang gehegten Wünsche der Ansiedler in diesen Gegenden, die seit Jahren wegen unzureichender Bahnen bittere Klage führten.

Verschwörung gegen rumänisches Königshaus entdeckt

Wien, 26. Juni. — In Bukarest wurde eine Verschwörung ungarischer Revolutionäre entdeckt, die den Kronprinzen Karol von Rumänien töten und das ganze rumänische Königshaus vernichten wollten. 20 Verschwörer wurden verhaftet. Anschläge gegen hohe Offiziere waren gleichfalls geplant.

Meldung von Wiedfeldts Rücktritt, Nachfolger Solf

Berlin, 26. Juni. — Dr. Wilhelm Solf, der deutsche Botschafter in Tokio, ist — das sind wir heute in Erfahrung gebracht wurde gegenwärtig die Pläne des Auswärtigen Amtes — vorläufig als Nachfolger des Botschafters Wiedfeldt in Washington vorgemerkt.

Dr. Wiedfeldt wird im Juni nach Berlin heimkehren, und es wird ziemlich positiv erklärt, daß er nicht auf seinen Posten in Washington zurückkehren wird.

Dr. Solf ist noch nicht definitiv erkoren und die Sache noch nicht abgemacht, aber er steht an der Spitze der Kandidatenliste. Die machthabenden Gewalten im Auswärtigen Amt sind stark geneigt, ihn für den Posten zu ernennen, wenn das gegenwärtige Kabinett bei Eintritt der Vakanz noch im Amt sein sollte.

Wie gegenwärtig bis auf Weiteres geplant wird, soll Dr. Boye, der Gesandte in Peking, zum Range eines Botschafters befördert und der Nachfolger des Dr. Solf in Tokio werden, und gleichzeitig wird der Ministerialdirektor Knipping, zur Zeit Ministerialdirektor der VII. Abteilung (Ostasien) des hiesigen Auswärtigen Amtes, für den Pekinger Posten in Betracht gezogen.

Vertreter Deutschlands wird im permanenten Gerichtshof für internationale Justiz sitzen.

Im Haag, 26. Juni. — Zum ersten Male nahm ein Deutscher unter vollster Gleichberechtigung mit den Vertretern der anderen Mächte seinen Platz in dem permanenten internationalen Gerichtshofe ein. Dies ereignete sich bei der Eröffnung des Gerichtshofes, und der Deutsche war Richter Walter Schuecking. Die Erlaubnis, daß jede Nation, welche eine Klage vor dem Gerichtshofe anhängig gemacht hat, einen Vertreter unter den Richtern habe, ermächtigte die Berliner Regierung, ihn zu senden. Das Reich bestreitet alle damit verbundenen Ausgaben. Die Klageschrift befaßt sich mit der Auslegung des Versailler Vertrages. Vor zwei Jahren verboten die Deutschen dem britischen Schiffe Wimbledon mit 4000 Tonnen Munition an Bord für die polnische Armee, welche Warschau gegen russische Truppen verteidigte, den Kieler Kanal zu passieren. Der Vertrag von Versailles besagt, daß der Kanal neutral sein müsse.

Trotzkys Rede von „Blut und Eisen"

England ein Zusammengehen Rußlands mit Frankreich angedroht

Moskau, 25. Juni. — Vor dem Allrussischen Kongreß der Metallarbeiter, der bedeutendsten Gewerkschaft des Landes, griff Leon Trotzky, der Soviet-Kriegsminister, die britische Politik der Vergangenheit und Gegenwart an. Obwohl die Krisis über die vom britischen Auslandminister Lord Curzon aufgeworfenen Streitfragen durch den jüngsten Notenaustausch mit England abgewendet worden ist, sagte Trotzky, daß „das ein Minimal-Ergebnis sei, weil unter den gegebenen Umständen keine festen Beziehungen mit Großbritannien obwalten könnten."

Der Kriegsminister deutete die Möglichkeit einer russisch-französischen Annäherung an durch die Bemühungen der französischen Linken und dem Kleinbürgerblock.

Es war eine „Blut- und Eisen"-Rede. Rußlands Kultur in der Vergangenheit sei, sagte der Minister, auf Holz gebaut gewesen, in Zukunft müßte sie auf metallner Grundlage ruhen.

„Im Blutstrom unserer nationalen wirtschaftlichen Organisation ist wenig Metall", sagte er zum Schluß. „Die nächste Periode unseres nationalen Wirtschaftskampfes wird ein Kampf um Metall sein — mehr Metall in unserer nationalen Wirtschaft, mehr Metall in unserem Volkscharakter. Es lebe das Metall!"

„Wenn uns ein Ultimatum überreicht wird," erklärte Trotzky unter Hinweis auf die kürzlichen englischen Noten, „laßt uns eine Flugzeug-Abteilung bilden. Wenn ein Staatsstreich in Bulgarien verübt wird, laßt uns ein weiteres Flugzeug-Geschwader bauen, und wenn in Persien, baut weitere Flugzeuge. Das Eisen in unserem Willen muß in die eisernen Flügel der Flugzeuge überführt werden. Dann können wir, auf die Geschwader hoch oben in der Luft blickend, sagen: „Dies ist für den Staatsstreich in Persien", und so weiter. Wenn wir die Verbrechen der Bourgeoisie in Flugzeuge umformen können, werden wir zu der Zeit zu den Stand gesetzt sein, mit ihrem Verbrechertum aufzuräumen."

England und Italien hätten, vorliegender Information zufolge, beim Staatsstreich in Bulgarien mitgeholfen, England auch beim Sturz der Nationalisten in Persien.

Nach Festsetzung der Tatsache, daß Rußlands Verluste im Weltkriege überwältigend größere als die Großbritanniens gewesen, fuhr Trotzky fort: „Darum auch mag Lord Curzon sich stark genug gefühlt haben, uns sein Ultimatum auf zehn Tage zuzustellen; es war notwendig, daß das Blut der russischen Arbeiter und Bauern vergossen wurde. Diese Rechnung werden wir eines Tages der englischen Bourgeoisie präsentieren. England bleibt seiner traditionellen Politik treu. In dem internationalen Kriege war seine Rolle von ihrer gleichfalls internationalen Politik bestimmt worden. Tatsächlich war es eine provokative Rolle. Wenn einmal das englische Proletariat den Geheimschrank der englischen Diplomatie öffnen wird, werden die Dokumente, falls sie inzwischen nicht vernichtet sind, die wahre Rolle, welche England im Weltkriege gespielt hat, darlegen.

„Das gleiche gilt für die Vorgänge im Ruhrgebiet. Hätte England das Vorgehen Frankreichs nicht gewünscht, hätte es keine Ruhrbesetzung gegeben. Die traditionelle Politik der britischen Bourgeoisie ist darauf gerichtet, zwei Völker sich bekriegen zu machen, während sie selbst dabei sitzt und das Ergebnis des Kampfes abwartet.

Rußland habe, fuhr der Minister fort, durch Nachgiebigkeit sich davor bewahrt, daß es in die Falle Lord Curzons gefallen. Dadurch habe es der Seele der britischen Bourgeoisie den Gedanken aufgezwungen, daß Rußland Frieden wolle. „Wir haben die englische Seele geschaut", sagte er. „Sie ist eine ausreichend dicke, schwere lederne Seele. Aus solchem Leder ist der Schädel der englischen Philister hergestellt, die man lange mit einem

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Die Wahlen in Ontario

Farmer-Regierung gestürzt. — Konservative gelangen ans Ruder.

Jetziger Stand der Parteien.

Konservative	67
Liberale	14
Vereinigte Farmer	8
Arbeiter	3
Unabhängige	1
Unentschieden	18

Im letzten Hause.

Vereinigte Farmer	45
Arbeiter	9
Liberale	28
Konservative	25
Unabhängige	3
Unbesetzt (Konf.)	1
Zusammen	111

Nach einer nur vierjährigen Herrschaft der Vereinigten Farmer- und Arbeiter-Regierung in Ontario erfolgte bei der gestrigen Wahl ihr gänzlicher Zusammenbruch; selbst der bisherige Premier Drury wurde in seinem Wahlkreis geschlagen und mit ihm fünf andere Minister. Die Konservativen unter der Führerschaft von Hon. Howard Ferguson gewannen mit großer Majorität über sämtliche anderen Parteien. Ontario war ja bereits in früheren Jahren stark konservativ und die Wähler sind nun wieder zu ihrer alten Liebe zurückgekehrt.

Aus 18 Wahlkreise stehen die Resultate noch aus, doch werden diese an dem Endresultat wenig ändern.

Passiver Widerstand

Von Mitgliedern des Alldeutschen Bundes beschlossen

Wien, 26. Juni. — Der Bund von alldeutschen Staatsangestellten, dessen 50,000 Mitglieder Lohnzuschläge verlangen, beschloß, in allen Abteilungen des öffentlichen Dienstes im Lande die Taktik des „passiven Widerstandes" einzuführen. Das Programm tritt heute in Kraft. Die sozialdemokratischen und christlich-sozialen Gewerkschaften beteiligen sich an der Bewegung nicht. Sie wollen aber eine Haltung „freundlicher Neutralität" beobachten.

Rapallo-Vertrag weiter ausgedehnt

Für alle Soviet-Republiken nunmehr in Geltung gesetzt

Berlin, 26. Juni.—Der Reichstag hat die Vorlage, welche die Geltung des im Rapallo im Jahre 1922 unterzeichneten deutsch-russischen Abkommens, des sogenannten Rapallo-Vertrages, auf alle Soviet-Republiken ausdehnt, in dritter Lesung angenommen. Diese Republiken sind: Ukraine, Weiß-Rußland, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und die Fernöstliche Republik.

Letzte Nachrichten

Düsseldorf. — General Degoutte hat jetzt noch weitgehendere Maßnahmen im Ruhrgebiet angeordnet, um die Beschlagnahme von allen Kohlenvorräten in Minen, Fabriken und anderen Industrien erfolgreicher zu gestalten. Es ist in Zukunft den Deutschen unter schweren Geld- u. Gefängnisstrafen verboten, Kohlen ohne besondere Erlaubnis der französischen Kontrollkommission für heimischen Bedarf zu verwenden.

Berlin. — Eine Konferenz der Arbeitergewerkschaften beschloß, daß der passive Widerstand unter keiner Bedingung aufgegeben werde, solange die „brutale Ungerechtigkeit" der Franzosen und Belgier fortgeführt werde, den Eisenbahnverkehr zu unterbinden, wodurch die Lebensmittelversorgung im besetzten Gebiet ernstlich in Frage gestellt werde.

Königsberg. — Reichskanzler Cuno erklärte hier in einer Rede, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet solange fortgesetzt werden würde, als dies im Interesse Deutschlands notwendig sei.

Paris. — Kommunistische und sozialistische Demonstrationen gegen die französischen Royalisten und Faszisten brachen gestern hier aus, wurden aber bald von berittenen Truppen unterdrückt.

Toronto. — Schwere Regenstürme in Ontario, westlich von hier, haben unermeßlichen Schaden an Gebäuden, Telephon- und Telegraphenpfosten auf einer Strecke von etwa 50 Meilen angerichtet. Viele Bäume wurden entwurzelt und dürften wahrscheinlich auch Menschenverluste zu beklagen sein.

Lausanne. — Türken und Alliierten einigten sich, alle gegenseitigen Kriegsentschädigungs-Ansprüche zu streichen.

Die Sklaven- und Hungerpeitsche regiert im Ruhr- und Rheingebiet

Die französischen Ausflüchte der durch ihre Verhängung der Hungerblockade über das Einbruchsgebiet hervorgerufenen Notlage gegenüber vermögen die Welt, soweit sie überhaupt sehen kann und verstehen will, nicht über die Tatsachen hinwegzutäuschen. Die Tatsache der Konfiskation von Nahrungsmitteln schlägt jeden Versuch, die Schuld an der Einstellung der Ablieferung dem deutschen passiven Widerstand in die Schuhe zu schieben, zu Boden. Nachdem die Einbrecher sich nunmehr auch an dem Hilfswerk von außen für die Bevölkerung des Ruhrgebiets, ja selbst an der für die Kinderspeisung bestimmt gewesenen Nahrung vergriffen haben, dürfte auch bisher blöden Augen der wahre Zweck der französischen Schand- und Gewaltsmaßregeln sichtbar werden. Mit der zudem ganz allgemein gehaltenen Ableugnung dieser Tatsache werden die Franzosen keinen Eindruck machen. Ihre Lügen stinken bereits zum Himmel.

Die Hungerpeitsche genügt der Richtswürdigkeit der Einbrecher aber nicht länger. Mit der Sklavenpeitsche sollen die deutschen Arbeiter gezwungen werden, für ihre Unterdrücker Frondienste zu leisten. Schon hat General Degoutte einen derartigen Befehl zur Leistung von Sklavendiensten ausgearbeitet.

Die Menschheitsgeschichte hat bisher noch kein Beispiel gleicher Vergewaltigung eines Volkes in Friedenszeiten, keinen derartig grausamen Krieg nach dem Kriege verzeichnet. Aber auch noch nicht einen so heroischen Widerstand gegen unmenschliche Bedrückungs-Maßnahmen.

Mit der Reitpeitsche fing es an, dann kamen Vertreibungen von Heim und Hof, die schmachvollen Verurteilungen, das blutige Morden. Nichts hat den Widerstand zu brechen vermocht. Nun soll es mit der Hunger- und der Sklavenpeitsche versucht werden. Mit dem Arbeitszwang will Frankreich, unter Androhung schwerer Strafen, seine schuftige, betrügerische Versailler Rechnung eintreiben.

Aber auch dieser Zwang wird die verwüsteten und absichtlich im Zustand der Verwüstung belassenen französischen Gebiete nicht wieder aufbauen. Setzt sich der Zwang mit der Hunger- und der Sklaven-Peitsche wirklich durch, dann muß der allgemeine Zusammenbruch Europas erfolgen.

Schwere Strafen von Franzosen verhängt.

Aachen, 26. Juni.—Herr Bruer, der geschäftliche Leiter einer Kohlenzeche in Herzogenrat, ist zu zwei Monaten Gefängnis und zur Zahlung von 11,000,000 Mark verurteilt worden, weil er Kohle verkauft haben soll, welche die Reparationen-Kommission hätte übernehmen sollen. Herr Rosenbaum, der technische Direktor derselben Zeche, erhielt einen Monat Gefängnis und 50,000,000 Mark Strafe zudiktiert.

Franzosen wollen Deutsche zur Zwangsarbeit ausheben.

Düsseldorf, 26. Juni. — Die Franzosen bereiten sich vor, eine große Anzahl deutscher Bürger zwangsweise auszuheben, um alle Bergwerke im Ruhrtale zu betreiben. Die Forderungen sollen dem Konto an Reparationen gutgeschrieben werden, wurde hier gesagt. Eine Veröffentlichung über dieses Vorgehen soll in einigen wenigen Tagen veröffentlicht werden. Zuchthausstrafen bis zu fünfzehn Jahren soll die Strafe für diejenigen sein, welche in den Bergwerken gearbeitet haben, sich jetzt aber weigern, zur Arbeit zurückzukehren. Sabotage mag mit Tod bestraft werden nach einer Aburteilung durch ein Standgericht.

Eisenbahnbeamte von Franzosen einfach auf die Straße gesetzt.

Köln, 26. Juni. — Annähernd 23,500 deutsche Eisenbahn-Angestellte oder Mitglieder der Familien von Eisenbahn-Angestellten sind aus ihrer Heimat durch die Franzosen in der kürzlich besetzten Zone vertrieben worden. Die Deutschen sagen, daß in den letzten Tagen die Franzosen die Eisenbahner vollständig rücksichtslos aus ihren Häusern vertrieben hätten und daß in der letzten Woche einige Familien direkt vom Mittagstische hinweg auf die Straße zur Ausweisung gesetzt worden seien.

Deutsche Beamte fallen alliierter „Justiz" zum Opfer.

Berlin, 26. Juni. — Ein französisches Kriegsgericht in Werden verhängte über fünf frühere deutsche Sicherheitspolizisten Haftstrafen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren und Geldbußen von 3,000,000 Mark. Sie waren angeklagt, auf französische Gendarmen in Essen geschossen zu haben. Ein deutscher Pressephotograph wurde zu einer Geldstrafe von zehn Millionen Mark verurteilt, weil er Photographien von den französischen Truppen in Essen aufgenommen hatte.

Brüssel, 26. Juni. — Ein belgisches Kriegsgericht in Aachen hat fünf deutsche Bürgermeister zu Haftstrafen von einem bis zu zwei Monaten und zu Geldbußen von 1,000,000 bis 2,000,000 Mark verurteilt, weil sie die Ausführung von Befehlen der militärischen Besetzungsbehörden verweigerten. Der Landrat von Heinsberg, welcher die Bürgermeister zum Widerstand anreizte, wurde zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von fünf Millionen Mark verurteilt.

Drei Deutsche getötet.

Essen, 26. Juni. Drei Deutsche wurden am Freitag in verschiedenen Teilen der Ruhr getötet. Den ersten erschossen französische Soldaten, als er Bahngeleise in der Ortschaft Lintrop beschädigte. Der zweite gehörte zu einer Gesellschaft von fünf bis sechs Deutschen, welche in der Nähe von Recklinghausen einen für die Franzosen arbeitenden Landsmann angriffen. Er kam uns Leben, als französische Soldaten auf die Angreifer feuerten. Der Dritte war einer der beiden Deutschen, welche in der Nähe von Recklinghausen einen belgischen Korporal und einen Gemeinen getötet hatten, als die Belgier sie durchsuchen wollten. Infolge des Angriffs auf die Belgier sind den Ortschaften Marl und Bür die strengsten Strafen auferlegt. Sechs Geiseln sind genommen, darunter die Bürgermeister. Die Benützung der Telephone ist auf zwei Wochen verboten, drei Monate lang gibt es keinen Straßenbahndienst, alle Kaffeehäuser, Schankwirtschaften und Restaurants werden auf drei Monate geschlossen. Einen Monat lang darf sich Niemand von acht Uhr Abends bis sechs Uhr früh auf den Straßen aufhalten, die Kinotheater bleiben geschlossen.

Fester Weizenpreis in Chicago verworfen

Chicago, 26. Juni. — Die Organisation des „Weizenrats der Ver. Staaten" wurde in Gang gebracht. Der Rat hat Befugnis für alle Zweige der Industrie zu handeln, welche sich mit der Erzeugung, Beförderung und Vermarktung von Weizen befassen. 500 Delegierte, welche sich an der nationalen Weizenkonferenz beteiligen, genehmigten die Errichtung des Weizenrats. In der Schlußsitzung faßte die Versammlung Beschlüsse, welche kooperative Vermarktung, Stetigung von Weizenpreisen und größeren Heimverbrauch von Weizenerzeugnissen empfehlen. Nach langer Debatte wurde ein Antrag auf Schaffung einer nationalen Weizenkorporation durch den Kongreß und aus der Bundeskasse finanziert, verworfen. Diese Behörde hätte einen Mindestpreis von $1.50 das Bushel für den Farmer festsetzen sollen.

Noch immer kein neues belgisches Kabinett gebildet

Brüssel, 26. Juni. — Es ist Herrn Theunis noch immer nicht gelungen, ein Kabinett zu bilden, obgleich er vom Könige dazu aufgefordert worden ist. Der frühere Premier konnte die Katholiken und die Liberalen nicht aussöhnen und der flämische Protest über die Sprache, welche in der Universität Gheut gebraucht wird, zusammen mit dem Widerstande gegen die Ruhr-Politik macht seine Stellung immer schwieriger. Es scheint ein allgemeiner Wunsch unter den verschiedenen Parteien zu sein, daß Theunis Premier bleiben solle, weil er in der gegenwärtigen Krisis als unentbehrlich gilt. Die Lage bleibt verwickelt, aber der Pessimismus hat etwas nachgelassen.

Rußland liefert Getreide an Deutschland

Geld bleibt in Deutschland zur Bezahlung gekaufter Fabrikate aller Art.

Berlin, 26. Juni. — Deutschland und Rußland stehen im Begriff, ein Getreideausfuhr-Abkommen zu unterzeichnen, nach welchem Rußland sich verpflichtet, Deutschland dieses Jahr Getreide zum Betrage von 40 Millionen Goldmark, annähernd 10 Millionen Dollars, zu liefern.

Deutschland seinerseits gewährt Rußland einen Kredit in gleicher Höhe. Davon streckt die deutsche Regierung als solche Rußland 20 Millionen Goldmark in bar vor, indessen mit dem Vorbehalt, daß dieses Geld Deutschland nicht verläßt, vielmehr von der russischen Regierung dazu verwandt wird, für Manufaktur- und Industrie-Waren, landwirtschaftliche Utensilien eingeschlossen, welche in Deutschland gekauft werden sollen, zu bezahlen. Die zweite Hälfte des Darlehens, die anderen 20 Millionen Goldmark, soll als Kredit zwischen fünf deutschen Banken, sowie Krupp, Stinnes und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft verteilt werden.

Die Verhandlungen, welche bis auf die Regelung von Nebensachen bereits zum Abschluß gelangt sind, wurden von dem Staatssekretär von Malzahn, dem Vater des Rapallo-Vertrages, auf deutscher und Stommakow, dem hiesigen Soviet-Handelskommissar, auf russischer Seite geführt.

Amerikanisches Lebendvieh für Oesterreich.

Wien, 26. Juni. — Der Wiener Fleischkommissär Sabrosky hat mit großen amerikanischen Viehlieferungsgesellschaften Verträge abgeschlossen, auf Grund deren in der nächsten Zeit ganze Schiffsladungen Lebendvieh aus Amerika auf den österreichischen Markt gebracht werden sollen. Die Preise, so wird versichert, würden viel niedriger sein, als die des inländischen Viehes.

Uebergriffe der Polen

Berlin, 26. Juni. — Der „Lokalanzeiger" meldet aus Breslau, das deutsche Zugpersonal eines Güterzuges sei in dem Güterbahnhof Morgenroth von einer polnischen Bande überfallen und mit Gummiknütteln schwer mißhandelt worden. Die polnischen Eisenbahner hätten auf dem Bahnhofe dem Treiben der Bande ruhig zugesehen. Es seien sieben deutsche Beamte verletzt worden.

Prohibition in Manitoba durch Volksabstimmung aufgehoben.

Die Regierung kontrolliert künftig den Getränkeverkauf.

Die Wähler von Manitoba entschieden sich durch Volksabstimmung für ein System, durch welches berauschende Getränke von der Regierung verkauft werden. Winnipeg gab dem Vorschlag eine Mehrheit von 25,000 Stimmen, bisherige Berichte aus der ganzen Provinz weisen auf sichere Annahme der Maßnahme. Die Abstimmung wurde über eine Vorlage vorgenommen, welche der Gesetzgebung von der Mäßigkeitsliga unterbreitet worden ist. Diese Vorlage sieht eine Dreier-Kommission zur Kontrollierung des Spirituosenhandels sowie Errichtung von Regierungsläden für den Verkauf in Winnipeg und andern Städten und Orten vor, wo dies ratsam erscheint. Einwohner und volljährige Besucher erhalten zum Kauf von geistigen Getränken jährliche Erlaubnisscheine. Die Erlaubnis muß zur Zeit des Kaufes gezeigt werden, die Getränke werden aber abgeliefert und nicht vom Käufer aus dem Regierungsladen genommen. Brauereien ist der direkte Verkauf an Besitzer von Erlaubnisscheinen erlaubt, sie bezahlen für alle Ablieferungen eine noch nicht festgesetzte Steuer. Distrikte können Regierungsläden durch örtliche Wahlen beseitigen, die Gewinne aus dem System werden in gleicher Weise zwischen der Provinz und städtischen Gemeinwesen verteilt.

Nach letzten Nachrichten ist die Majorität für Abschaffung der Prohibition auf nahezu 33,000 gestiegen. Es stehen noch die Resultate von über 100 ländlichen Stimmplätzen aus und wenn diese eingelaufen sind, dürfte die Mehrheit rund 35,000 werden. Wie die Städte, gaben auch die ländlichen Distrikte eine Mehrheit gegen Prohibition.

Am 11. Juli ist eine weitere Volksabstimmung über einen Vorschlag, welcher den Verkauf vor Bier und leichten Weinen bei Mahlzeiten durch lizensierte Hotels sowie den Verkauf von Bier durch lizensierte Brauer nach der Wohnung des Kunden erlaubt. Bisher waren geistige Getränke in der Provinz vollständig verboten.